

Forderungen der Eutiner Fridays for Future

Nr.	WAS	Sachstand nach Befassung in den städtischen Gremien
Mobilität		
1	Es sollen, vor allem in der Innenstadt, mehr Fahrradstellplätze eingerichtet werden.	<p>Mobilitätsbeirat 27.06.2019: Empfehlung zur Aufstellung von Fahrradbügeln im Bahnhofsvorfeld und unter dem Pavillon (3) auf der anderen Seite der Bahngleise; Angenommen (einstimmig ja)</p> <p>Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 11.09.2019: Der Vorsitz des Mobilitätsbeirates beantragt, dass die letzte von sechs Fahrradeinstellboxen (Box F) am Bahnhof mit ihren zwölf Mietplätzen unverzüglich für die Nutzung zum Fahrradparken freigegeben wird. Angenommen (einstimmig ja)</p> <p>Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 12.02.2020: Herr Tech spricht in diesem Zusammenhang die Probleme von mobilitätseingeschränkten Personen an. Er macht deutlich, dass innenstadtnahe Parkplätze notwendig seien. Fahrrad-fahrer hingegen seien in der Lage, ein paar Meter Fußmarsch in Kauf zu nehmen. Seine Fraktion lehne diese Forderung ab. Die SPD-Fraktion sieht Eutin bzgl. dieser Forderung auf einem guten Weg. Die Forderung werde unterstützt. Herr Schulz macht für die FDP-Fraktion die notwendige Erstellung eines Gesamtkonzeptes deutlich. Aus Sicht von Frau Obieray sei Eutin mit Blick auf diese Forderung schon ganz schön weit. Die Forderung sei so gut wie erfüllt, wenn man mit der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes fertig sei. Auch die CDU-Fraktion merkt an, dass sich die Stadt bereits mit der Forderung befasse. Frau Schmidt-Künzel führt aus, dass zu viel Wert auf Fahrradstellplätze gelegt werde. Sie pflichtet Herrn Tech bei und merkt an, dass auch an Senioren und Mobilitätseingeschränkte gedacht werden müsse. Bürgermeister Behnk teilt die Sichtweise in der Hinsicht, dass auf mobilitätseingeschränkte Personen geachtet werden müsse. Er bittet Frau Schmidt-Künzel darum, das Thema in den Mobilitätsbeirat einzubringen. Herr Kloth macht deutlich, dass es bei dieser Forderung nicht um das Thema „Behinderten-parkplätze“ gehe. Er bittet um Differenzierung.</p>
2	Straßenbegleitende Parkplätze sollen in Fahrradwege oder/ und	Hauptausschuss 14. Januar 2020:

<p>Fahrradstellplätze umgewandelt werden.</p>	<p>Herr Rachfahl informiert, dass eine solche Maßnahme bereits in der Lübecker Straße auf der Höhe des Blumenladens erfolgt ist. Parkplätze sind durch Fahrradständer ersetzt worden. Das hat die Verwaltung von sich aus realisiert. Der Bürgermeister ergänzt, dass die Maßnahme aufgrund einer Empfehlung des Mobilitätsbeirates erfolgt sei. Auch hinter dem Rathaus sind zur Erhöhung der Fahrradfreundlichkeit Fahrradparkplätze geschaffen worden.</p> <p>Frau Obieray begrüßt die Maßnahmen ausdrücklich. Sie regt an, die bereits abgelehnte Maßnahme, über einen Fahrradweg in der Plöner Straße bis zur Elisabethstraße nachzudenken, erneut aufzugreifen.</p> <p>Für die FWE-Fraktion macht Herr Sperling deutlich, dass seine Fraktion sich dagegen ausspricht, weitere Parkplätze zu vernichten. Es gehe um den Wirtschaftsstandort Eutin. Dieser müsse attraktiv sein.</p> <p>Herr Westphal erklärt für die SPD-Fraktion, dass die Forderung der Fridays for Future differenziert betrachtet werden müsse. Eutin ist ein Versorgungszentrum. Seiner Ansicht nach sollte jede Straße einzeln betrachtet werden.</p> <p>Frau Obieray führt aus, dass Eutin ein Radverkehrskonzept habe. Es fehlten Ihres Erachtens nur noch Beschlüsse zur Umsetzung. Auch das ISEK sei eine gute Grundlage.</p> <p>Nach weiteren Wortbeiträgen fasst Herr Rachfahl zusammen, dass diese Forderung innerhalb der bestehenden Auseinandersetzung mit dem Radverkehrskonzept abgearbeitet werde.</p> <p>Frau Obieray reicht diese Aussage nicht. Sie möchte die Forderung mit einer positiven Bewertung versehen wissen.</p> <p>Herr Westphal erklärt, dass Ausgangspunkt der Überlegungen die Schulwegsicherung sein könnte.</p> <p>Frau Jürß spricht sich gegen eine positive Beschlussfassung aus. Sie schließt sich den Ausführungen von Herrn Westphal an und spricht sich für eine Einzelfallbetrachtung aus.</p> <p>Herr Behnk schlägt vor, dass es auch eine Überlegung sein könnte, dass der Mobilitätsbeirat sich auch mit dieser Forderung der Fridays for Future auseinandersetzen könnte. Der Mobilitätsbeirat habe in seiner Sitzung am 28.11. ohnehin beschlossen, mit der Fridays for Future Bewegung in einen Dialog einzutreten.</p> <p>Frau Obieray macht deutlich, dass ein positives Signal wichtig wäre. Herr Clasen hält den Umfang für zu groß. Ein pauschales positives Signal komme für ihn nicht in Frage.</p> <p>Es schließen sich weitere Wortbeiträge an, in denen deutlich wird, dass es bei dieser Forderung ein paar hundert Parkplätze betreffen könnte.</p> <p>Frau Obieray macht noch einmal deutlich, dass Eutin Ihres Erachtens bei der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes noch sehr weit zurückliege.</p> <p>Herr Rachfahl fasst zusammen, dass diese Forderung auch auf der Basis der Auseinandersetzung mit dem Radverkehrskonzept weiter diskutiert werde.</p>
-----------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

3	Die Radwege sollen vom Winterdienst bevorzugt geräumt werden.	Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 12.02.2020: Der Großteil der Räumpflicht auf Radwegen ist auf die Anlieger übertragen.
4	Ein „bikesharing“ System soll in Eutin eingerichtet werden.	Hauptausschuss 14. Januar 2020: Herr Schumacher erklärt, dass in Eutin ein Bedarf im Bereich der Vermietung von Lastenrädern bestehen könnte. Ansonsten geht er davon aus, dass es genügend Fahrräder im Privatbesitz gebe. Allenfalls für den Tourismus mache das Sinn. Dann sollte es allerdings feste Standorte geben, damit es nicht zu einem Wildwuchs wie in anderen Orten mit den E-Scootern komme. Herr Westphal schließt sich den Ausführungen von Herrn Schumacher an. Frau Obieray spricht sich dafür aus, das Angebot an Möglichkeiten zum Leihen von Fahrrädern zu vergrößern. Ein geeigneter Standort dafür wäre der Bahnhof. Herr Kibbel merkt an, dass die Tourist-Info einen Fahrradverleih unterhalte. Frau Jürß führt aus, dass es zur Umsetzung der Forderung eines Anbieters bedarf. Herr Rachfahl fasst zusammen, dass Konsens herrsche, das Angebot im Hinblick auf die Möglichkeit des Ausleihens von Fahrrädern in der Stadt Eutin an festen Standorten über einen Anbieter zu vergrößern.
5	Parkgebühren sollen 24 Stunden am Tag, an allen Wochentagen auf allen Parkplätzen der Stadt erhoben werden.	Hauptausschuss 14. Januar 2020: Herr Rachfahl erklärt, dass diese Forderungen im Zusammenhang mit der Neufassung der Parkgebührenordnung abgearbeitet werden. Der Bürgermeister merkt zu Forderung Nr. 6 an, dass sich die Einführung eines Tagestickets für den ÖPNV in Eutin nicht lohne.
6	Parkgebühren sollen auf Höhe der Durchschnittskosten eines Tagestickets des ÖPNV im Raum Eutin erhöht werden. Mit den Mehreinnahmen soll der Busverkehr attraktiver gestaltet werden.	Frau Jürß deckt einen Widerspruch auf. Der ÖPNV solle gestärkt werden und gleichzeitig sollen Mehreinnahmen durch Parkgebühren erzielt werden.
7	Das Parkverbot soll effektiv durchgesetzt werden.	Hauptausschuss 14. Januar 2020: Ja
8	Es soll mehr autofreie Zonen in der Innenstadt geben. Vor allem: Rosengarten, Lübecker Straße, Albert-Mahlstedt Straße und rund um die Schulen.	Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt 06.02.2020: Herr Lange verweist auf das Recht auf Erschließung aus dem Straßen- und Wegegesetz. Frau Balzer erinnert, dass die Fraktion der Grünen bei einem ähnlichen Antrag der SPD-Fraktion zum Rosengarten für diesen Aspekt (Ausweisung als Fußgängerzone) gestimmt hätte, wäre mit dem Antrag nicht noch das Thema „Parkdeck“ verknüpft worden. Aus Sicht von Herr Schulz würde durch solche Maßnahmen der gesamte Verkehr auf eine Achse durch die Stadt gelenkt werden. Er rät davon ab.

		<p>Zu einer generellen Prüfung (1. Satz) signalisieren die CDU-Fraktion und die Fraktion der Freien Wähler Zustimmung.</p> <p>Frau Stange macht deutlich, dass man sich konzeptionell mit dieser Forderung befassen müsste. Herr Beitz pflichtet ihr bei. Speziell ältere Leute seien oft darauf angewiesen, zu bestimmten Orten (z.B. zum Einkaufen) in die Stadt zu fahren. Diese Leute sollten keinesfalls ausgegrenzt werden. Den Ausführungen schließt sich Herr Lange an.</p> <p>Frau Balzer vertritt die Auffassung, dass nicht immer nur geschaut werden dürfe, was nicht geht. Man sollte mit Mut auch mal neue Vorgehensweisen ausprobieren.</p> <p>Zusammenfassend zur Beratung äußert Herr Rachfahl abschließend, dass der Gedanke im Gesamtkonzept mit bedacht werden solle.</p>
9	<p>Alle Fahrradwege in Eutin müssen ausreichend unterhalten werden, indem Schäden umgehend repariert und Sanierungsmaßnahmen nicht aufgeschoben werden.</p>	<p>Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 12.02.2020:</p> <p>Aus Sicht von Herrn Tech und Herrn Kibbel erübrigt sich diese Forderung.</p> <p>Frau Obieray führt aus, dass es teilweise Fahrradwege gebe, die in einem schlechten Zustand seien. Sie fragt nach, wie die Handhabe in solchen Fällen sei.</p> <p>Es wird abschließend noch einmal von Frau Obieray und Herrn Kibbel deutlich gemacht, dass die Forderung unterstützt werde.</p>
10	<p>Es soll garantiert werden, dass man überall in Eutin bequem und gefahrlos Rad fahren kann. Dazu muss auch der Straßenraum neu verteilt werden, auch wenn dies zu Einschränkungen beim motorisierten Individualverkehr führt.</p>	<p>Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 04.09.2013; Antrag Die Grünen:</p> <p>1) Für den Bereich Steenbockstraße und Kreuzung Steenbockstraße/ Elisabethstraße/ Weidestraße bis zur Wilhelm-Wisser-Schule erfolgt eine vollständige Abschnittsplanung. Der beidseitige Schutzstreifen wird über die Kreuzung hinweg eingerichtet, sodass die Schüler/innen auf dem Schutzstreifen von der Lübecker Landstraße bis zur Schule gelangen können. Die Planung schließt Aufstellflächen an der Kreuzung ein. Ggf. sind Abbiegespuren und Ampelphasen anzupassen.</p> <p>2) Ein Mobilitätsbeirat wird eingerichtet. [...]</p> <p>3) Planung weiterer Abschnitte des Fahrradnetzes Eutin</p> <p>Angenommen (einstimmig ja)</p> <p>Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 20.11.2013:</p> <p>Die Variante 1 zur Ausbauplanung der Weidestraße wird als Grundlage für die weitergehende Planung beschlossen.</p> <p>Angenommen</p> <p>Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 10.05.2017:</p> <p>Dem Antrag der Initiative Fahrradfreundliches Eutin, die Einbahnstraße Lübecker Straße (ab Freischützstraße) und Stolbergstraße für den Fahrradverkehr in Gegenrichtung zu öffnen wird</p>

zugestimmt. Die Verwaltung wird eine positive Stellungnahme an den Kreis Ostholstein zu übersenden.

Abgelehnt

Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 22.05.2019:

1. Die Verwaltung wird gebeten, in Absprache mit der Straßenverkehrsbehörde zu prüfen, ob die Einbahnstraßen „Hellwagstraße“ und „Tischbeinstraße“ für den Fahrradverkehr entgegen der Fahrtrichtung geöffnet werden könnten (Ergänzung von ZZ 1022-10 an die vorhandenen VZ 267).

2. Die Verwaltung unterrichtet den Ausschuss, warum trotz der Genehmigung der Straßenverkehrsbehörde vom 13.08.2015 „Am Hang (West)“ nicht für den Fahrradverkehr geöffnet wurde.

Angenommen (einstimmig ja)

Beschlüsse zum Radverkehrskonzept:

Mobilitätsbeirat 06.01.2015:

1. Das Radverkehrskonzept wird in die aktuelle Bauleitplanung mit einbezogen.

2. Überprüfung der Planungen für den Umbau der Stadtbucht ab 2016

3. Alternative Verkehrsführung zur Überbrückung und Umfahrung der gesperrten Wegeabschnitte rechtzeitig und detailliert planen und absichern

angenommen

Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 10.05.2017:

Aus dem Maßnahmenkatalog zum Radverkehrskonzept wird die Öffnung der Einbahnstraßen sowie die Anlegung von Schutzstreifen in der Elisabethstraße und der Plöner Straße als erste Priorität festgelegt.

Abgelehnt

Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 13.09.2017:

Der Ergebnisbericht zum Radverkehrskonzept (Entwurfassung) wird unter Berücksichtigung der Erläuterungen zustimmend zur Kenntnis genommen.

Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 04.10.2017:

Für die Umsetzung der Fahrradverkehrsmaßnahmen außerhalb ohnehin geplanter Straßenbau- oder sonstiger Bauvorhaben werden im Haushalt 2018 200.000€ bereitgestellt. Die Maßnahmen werden auf Grundlage des Radverkehrskonzeptes vom Mobilitätsbeirat empfohlen.

Der Ansatz von 200.000 € wird mit einem Sperrvermerk und dem Freigabebestand für jede einzelne Maßnahme versehen. Die Beratung der Einzelmaßnahmen findet vorab im Mobilitätsbeirat statt. Der Beirat spricht dann eine Empfehlung an den Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss aus. Der Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehr-ausschuss berät und beschließt folgend die Einzelmaßnahmen.

Angenommen

Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 29.11.2017:

Der Ergebnisbericht zum Radverkehrskonzept wird zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung an den Mobilitätsbeirat verwiesen.

Angenommen (einstimmig ja)

Mobilitätsbeirat 22.02.2018:

Der Mobi-Beirat empfiehlt dem Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss die in der Präsentation dargestellte Prioritätensetzung zur Umsetzung des Radverkehrsgutachtens.

Angenommen (einstimmig ja)

Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 18.04.2018:

Die weitere Bearbeitung der Umsetzung der Maßnahmen des Radverkehrskonzeptes erfolgt auf Grundlage des Mobilitätsbeirates vom 22. Februar d.J.

Angenommen (einstimmig ja)

Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 29.11.2017:

1. Einbeziehung eines Fachplanungsbüros für Radverkehr in die Fortentwicklung und Umsetzung des Radverkehrskonzeptes

2. Darstellung des möglichen Förderhorizontes zu jeder Maßnahme

3. Begleitung der Umsetzung von Maßnahmen des Radverkehrskonzeptes durch vorausschauende Öffentlichkeitsarbeit

4. Beitritt zur Kommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs in SH Rad.SH

Angenommen

		<p>Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 12.09.2018: Die erforderlichen Haushaltsmittel für die Markierung von Schutzstreifen für Radfahrer in der Plöner Straße von Quisdorfer Straße bis Elisabethstraße und Meinsdorfer Weg werden freigegeben. Angenommen (einstimmig ja)</p> <p>Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 27.03.2019: Das Büro M+O wird mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept (gemäß Prioritätenliste 2018 und 2019/2020) beauftragt. Es sollen vertragliche Regelungen in der Hinsicht getroffen werden, dass bei der Einzelmaßnahmenbetrachtung im Vorwege geprüft werden soll, ob die jeweilige Maßnahme genehmigungsfähig ist. Angenommen</p> <p>Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 27.11.2019: Die Maßnahmen zur Verbesserung der Radverkehrssituation in der Elisabethstraße wie in der Präsentation vom Büro Masuch und Olbrisch vorgestellt werden beschlossen. Entsprechende Haushaltsmittel werden freigegeben.</p> <p>Mobilitätsbeirat am 28.11.2019: Sachstandsbericht zum Radverkehrskonzept und der Umsetzung der Maßnahmen der Radverkehrsschauen 2018/2019</p> <p>Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt 06.02.2020: Herr Bentke gibt den Hinweis, dass sich die Stadt bereits mit der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes auseinandersetze. Der Ausschuss ist sich einig, dass man bereits an dieser Forderung arbeite.</p>
11	Die Fahrradwege sollen zum Schutz der Fahrradfahrer verbreitert werden. Sie sollen mind. 2,5 Meter breit sein (wenn die Straßengeometrie es erlaubt), um u.a. ein Überholen gefahrlos zu ermöglichen.	<p>Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 12.02.2020: Es wird auf die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes hingewiesen. Aus Sicht von Herrn Lange sei diese Forderung zwar wünschenswert, jedoch meist schwer umsetzbar. Frau Obieray macht deutlich, dass die Umsetzung besonders bei alten Fahrradwegen schwierig sei. Das bereits Vorhandene zu erweitern, sei oft nur schwer möglich. Aus diesem Grund müssen Radfahrer deshalb manchmal auf die Straße geführt werden.</p>
ÖPNV		

12	<p>Es soll einen regelmäßigen Busverkehr zwischen Eutin und den Ortschaften im Umkreis von 15 km geben: werktags alle 30 Minuten, am Wochenende stündlich.</p>	<p>Hauptausschuss am 14.01.2014: Der Hauptausschuss bittet den Mobilitätsbeirat, sich des Themas „öffentlicher Nahverkehr im Hinblick auf ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger“ anzunehmen. Angenommen (einstimmig)</p> <p>Hauptausschuss am 13.01.2015: Die Stadt Eutin beteiligt sich mit einem Kostenanteil von jährlich 3.000,- Euro an der Finanzierung der ÖPNV-Anbindung durch ALFA-Busse zwischen Scharbeutz und Eutin ab 2014. Angenommen (einstimmig)</p> <p>Hauptausschuss 12.04.2016: 1) Der Hauptausschuss nimmt die Entscheidung der Dorfschaft Sielbeck über zusätzliche ALFA-Bus Verbindungen im Zeitraum der Durchführung der Landesgartenschau zur Kenntnis. 2) Der Hauptausschuss nimmt die Entwicklung der ALFA-Verbindung 5816 Eutin-Scharbeutz zur Kenntnis.</p> <p>Hauptausschuss 29.11.2016: Der Hauptausschuss nimmt die Auswertung zur ALFA-Busverbindung Sielbeck-Eutin während des Zeitraumes der Landesgartenschau zur Kenntnis.</p> <p>Hauptausschuss am 19.09.2018: Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.</p> <p>Mobilitätsbeirat 28.02.2019: Der Mobilitätsbeirat nimmt das Ergebnis des vorgelegten Konzeptes zur Kenntnis und empfiehlt das Konzept gemeinsam mit dem Kreis Ostholstein weiterzuentwickeln. Angenommen (einstimmig)</p> <p>Hauptausschuss 14.05.2019: Der Hauptausschuss beschließt die Beauftragung des Planungsbüros plan:mobil Kassel mit der Überprüfung und Überplanung des Stadtbusverkehrs in Eutin Angenommen (einstimmig)</p> <p>Hauptausschuss 03.09.2019:</p>
----	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

		<p>Die SPD-Fraktion beantragt, Käufern von Monats- und Jahreskarten für den Eutiner Stadtbus einen städtischen Zuschuss von 50 % zu gewähren. Abgelehnt</p> <p>Mobilitätsbeirat 28.11.2019: Im Beirat herrscht Konsens, dass Vertreter der Initiative Fridays for Future in den nächsten Beirat eingeladen werden sollen, um die in die Zuständigkeit des Mobilitätsbeirates fallenden Forderungen vorzustellen und einen Dialog zwischen der Initiative und dem Beirat zu schaffen. Der Beirat nimmt die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.</p> <hr/> <p><u>Autonome Busse</u></p> <p>Hauptausschuss 14.03.2017: Der Hauptausschuss stimmt einer Projektantragstellung bei den Aktiv-Regionen Schwentine-Holsteinische Schweiz e.V. und Wagrien-Fehmarn e.V. zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie zum Thema „Autonome Busse in OH“ unter Projektbeteiligung der Stadt Eutin zu. Angenommen</p> <p>Hauptausschuss 19.09.2018: Der Hauptausschuss nimmt die vertiefende Planung zum Einsatz von autonom fahrenden, elektrobetriebenen Kleinbussen in Ostholstein sehr wohlwollend zur Kenntnis.</p>
13	Das Rufbusssystem soll durch Vergrößerung und bessere Bewerbung verbessert werden.	<p>Hauptausschuss 11.02.20: Optimierung Stadtbusverkehr</p> <p>Nach einer kurzen Einführung des Vorsitzenden folgen die Statements der einzelnen Fraktionen.</p> <p>Die Grünen: Frau Obieray bedankt sich für die gute Vorbereitung. Ihre Fraktion hat sich für eine offensive Lösung als Verhandlungsgrundlage mit dem Kreis ausgesprochen. Die Grünen möchten eine gute Anbindung an den ZOB, den Halbstundentakt und eine intensive begleitende Öffentlichkeitsarbeit. Da es Ihres Erachtens Verhandlungsspielräume gebe, stellt sich für Ihre Fraktion die Frage nach dem Verhandlungsführer der Stadt.</p>

CDU:

Herr Kuhr erklärt, dass ein Signal für die Bürgerinnen und Bürger erfolgen solle. Das ÖPNV-Angebot müsse verbessert werden. Dann würde auch die Nachfrage steigen. Die CDU-Fraktion spricht sich ebenfalls für den Halbstundentakt aus.

SPD:

Herr Westphal informiert, dass die SPD-Fraktion sich für den Ein-Stundentakt bei gleichzeitiger Haltestellenverdichtung ausgesprochen hat. Seine Fraktion habe Zweifel an der Finanzierbarkeit von weitergehenden Lösungen.

Freie Wähler:

Frau Jürß hinterfragt die Jahreskilometerleistung des ÖPNV in den unterschiedlichen Varianten kritisch. Ihre Fraktion ist ebenfalls für den Ein-Stundentakt von Montag bis Freitag jeweils von 5.30 - 19.30 Uhr sowie eine Hinzunahme des on demand Systems an den Sonntagen und in den Randzeiten.

Herr Rachfahl ergänzt, dass die CDU-Fraktion losgelöst von finanziellen Fragen, eine Wunschlösung erarbeitet habe, die nun verhandelt werden müsse. Auch das Haltestellennetz gilt es zu optimieren. Es ginge um die bestmögliche Versorgung für Eutin.

In der sich anschließenden Diskussion geht es auch um den CO2 Ausstoß, die Notwendigkeit von barrierefreien Haltestellen, eine gute Anbindung der Dorfschaften sowie eine attraktive Fahrpreisgestaltung und kleinere einheitliche, schadstoffarme Busse.

Frau Jürß bittet noch einmal über einen grundlegenden Wandel durch ein on demand System nachzudenken. Hier ist die vorherrschende Meinung, dass damit auch aus Kostengründen vor allem Randzeiten abgedeckt werden sollten.

Zur Frage von Frau Obieray nach dem Verhandlungsführer der Stadt Eutin erklärt der Bürgermeister, dass Frau Meyer als zuständige Mitarbeiterin auf jeden Fall dabei sein werde.

Frau Obieray erklärt, dass es der Wunsch Ihrer Fraktion wäre, die Verhandlungsführung möglichst „hoch“ anzusiedeln.

Sodann stellt der Vorsitzende folgenden Antrag zur Abstimmung:

Es wird die Variante „Ausbau“ beschlossen mit der Halbstundentaktung, der guten Anbindung an die Bahn, einer Haltestellenverdichtung inklusive der darin enthaltenen Linienführung, den Kleinbussen sowie einem on demand-System in den Randzeiten. Die Hauptbedienzeit liegt

		zwischen 6 - 21 Uhr von Montag bis Samstag. Dieser Beschluss ist Grundlage für die Verhandlungen mit dem Kreis Ostholstein. Abstimmungsergebnis: einstimmig ja
14	Für Schülerinnen und Schüler Eutins, Menschen unter 18 Jahren, alle in Ausbildung befindlichen und Erwerbslose soll der ÖPNV so bald wie möglich kostenfrei gestaltet werden.	Hauptausschuss 14. Januar 2020: Frau Obieray sieht diese Forderung auch im Kontext der Beratung des ÖPNV. Der Kreis habe bereits einen Grundsatzbeschluss gefasst, dass Jugendliche bis 21 Jahren den ÖPNV kostenfrei nutzen können sollen. Jetzt gehe es um die Klärung, ob aus Kostengründen einzelne Streckentickets bezahlt werden könnten. In diesem Zusammenhang weist Herr Rachfahl auf ein entsprechendes Pilotprojekt im Kreis Dithmarschen hin. Die Forderung wird im Kontext der Beratungen zum ÖPNV gesehen.
15	Dienstreisen städtischer Institutionen sollen konsequent mit ÖPNV und ohne Flüge durchgeführt werden. Darüber ist Rechenschaft abzulegen.	Das wird beachtet gem. Bundesreisekostengesetz.
Schiff		
16	Das Schiff der Eutiner Seenrundfahrt soll auf emissionslosen Betrieb umgerüstet werden.	Ausschuss für Schule, Jugend, Sport, Kultur und Soziales 04.02.2020: Die Verwaltung macht deutlich, dass das Schiff in Privatbesitz und auch der See im Eigentum des Landes sei. Man könne die Bitte dem Betreiber gegenüber lediglich aussprechen. Herr Bentke regt an, ein Gespräch mit dem Betreiber zu suchen und evtl. einen Investitionszuschuss bei einer Umrüstung zu gewähren. Eilvernehmlich wird der Wunsch der Initiative dem Betreiber mitgeteilt.
Energie		
17	Eutin soll ausschließlich mit regional erzeugtem, erneuerbarem Strom versorgt werden. Eingeschlossen sein sollen sowohl öffentliche als auch private Gebäude, sowie die örtliche Industrie und Landwirtschaft.	Hauptausschuss 14. Januar 2020: Herr Westphal stellt die Frage nach der Umsetzung. Die Stadtwerke liefern zu 100% grünen Strom, aber die Regionalität könne nicht erreicht werden. Herr Schumacher und Herr Rachfahl sehen auch die privaten Verbraucher in der Verantwortung. Ggf. müssten Anreize geschaffen werden. Öffentliche Gebäude könnten differenziert betrachtet werden. Frau Obieray erklärt, dass diese Forderung nicht innerhalb von drei Jahren umzusetzen ist. Dieses Thema müsse längerfristig gemeinsam mit den Stadtwerken betrachtet werden.
18	Insbesondere öffentliche Gebäude sollen im Sinne einer Vorbildfunktion schnellstmöglich mit regional erzeugter, erneuerbarer Energie versorgt werden.	Der Bürgermeister ergänzt, dass es in Eutin keine Windeneignungsflächen gebe. In Süsel sei das anders. Es gebe bereits Beteiligungen an Windparks und Blockheizkraftwerke würden errichtet, dort wo es machbar sei. Herr Rachfahl fasst zusammen, dass die Stadt Eutin gemeinsam mit den Stadtwerken das Thema weiterfolgen werde.

19	Die Stadtbeleuchtung und eigene Betriebshöfe der Stadt Eutin sollen energetisch optimiert werden.	Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 12.02.2020: Es wird auf den Beschluss aus der November-Sitzung (TOP 6) hingewiesen. Auf Nachfrage von Herrn Kibbel verfolge die Verwaltung eine zeitnahe Umsetzung.
20	In der Verwaltung sollen energieeffiziente Bürogeräte verwendet werden.	Das wurde auch in der Vergangenheit bereits beachtet. Bei Kleingeräten wie Taschenrechner, Schreibtischleuchten wird auf Solar bzw. LED geachtet. Zukünftig werden batteriebetriebene Geräte nur noch mit wiederaufladbaren Akkus bestückt.
21	Im Stadtgebiet bzw. der Region soll Ökostrom produziert werden. Dieser soll anstelle von skandinavischem Ökostrom in das Eutiner Stromnetz eingespeist werden.	Die Stadtwerke Eutin versorgen die Stadt Eutin und das Umland mit Energie. Der Strom stammt ausnahmslos aus regenerativen Quellen – und das belegen die Stadtwerke mit offiziellen Zertifikaten.
22	Die Einrichtung eines Solarkatasters soll erfolgen.	Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt 06.02.2020: Hier wird auf bereits gefasste, detaillierte Beschlüsse hingewiesen. (Verweis auf die Beratungen zu TOP 5 – Antrag der Fraktion der Grünen v. 11.09.19).
23	Auf allen geeigneten Dachflächen städtischer Gebäude sollen Photovoltaikanlagen installiert werden. Ist dies aus finanziellen Gründen nicht möglich, sollen Finanzierungsmöglichkeiten unter Beteiligung der Eutiner BürgerInnen geschaffen werden oder die Flächen an ein Unternehmen verpachtet werden, das auf den Flächen Photovoltaik installiert.	Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt 06.02.2020: Auch hier wird auf bereits gefasste Beschlüsse hingewiesen, es gibt keinen weiteren Beratungsbedarf.
Wärme		
24	Der Wärmesektor soll zu 100% mit erneuerbaren Energien betrieben werden.	Der Bereich „Wärme“ beinhaltet die größten CO2 Einsparpotentiale. Näheres zu ökologisch sinnvoller Nutzung erfahren Sie unter „SWE Wärmecontracting“ und „SWE Wärme Eutin“. Unter 04521/705-490 stehen Ihnen die Fachleute der SWE zur Verfügung.
25	Die Wärmenetze sollen ausgebaut werden, sodass Solarwärme und Geothermie eingespeist werden können.	Siehe 24; Im Hinblick auf die Geothermie ist für Eutin ein flächendeckender Grundwasserschutz zu beachten.

26	Industrielle Abwärme soll in die Wärmenetze aufgenommen werden und so sinnvoll eingesetzt werden. Hierzu soll ein Abwärme-Kataster erstellt werden.	Siehe auch 24 und 25
27	Alle kommunalen Gebäude sollen an ein Fernwärmenetz angeschlossen werden, wenn dies energetisch von Vorteil ist.	Dieses Vorgehen wurde auch in der Vergangenheit bereits praktiziert.
28	Das Potential für Geothermie, etwa in Kombination mit Fernwärme, soll besser ausgeschöpft werden.	Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt 06.02.2020: Auf Nachfrage von Frau Balzer erläutert Frau Stange, dass es sich um ein schwieriges Thema handle. Bürgermeister Behnk ergänzt, dass Eutin Grundwasserschutzgebiet sei. Die CDU-Fraktion schlägt vor, die SWE um Infos diesbezüglich zu bitten. Frau Balzer ergänzt, dass sich nicht nur auf die SWE verlassen werden solle, sondern man auch unabhängige Gutachten fordern solle.
Bauen und Wohnen		
29	Die energetische Stadtsanierung soll vorangetrieben werden. Hierzu soll das KfW-Programm „energetische Stadtsanierung“ in Anspruch genommen werden.	Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt 06.02.2020: Nach Aussage der Verwaltung sei man hier im privaten Bereich. Herr Rachfahl verweist auf den erweiterten CDU-Antrag zur Anerkennung des Klimanotstandes (Teilaspekt „energetische Quartiersentwicklung“).
30	Es sollen Unternehmen, die von sich aus erneuerbare Energien produzieren und verwenden, gefördert werden.	Die Stadt Eutin unterhält kein eigenes Förderprogramm.
31	Neubauten in Eutin sollen mindestens dem Passivhaus-Standard entsprechen.	Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt 06.02.2020: Hier befinde man sich laut Verwaltung im privaten Bereich. Das Thema werde man aber im Hinterkopf behalten bei möglichen Fällen, die eventuell auftreten. Bezogen auf öffentliche Bauten verweist Herr Rachfahl auf den Antrag der Fraktion der Grünen im nächsten Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss (BEFA). Frau Balzer ergänzt, dass die Stadt mit gutem Beispiel voran gehen solle. Es entsteht eine kurze Diskussion über die Höhe von Baukosten. Bei der Festlegung von Baustandards sollten immer auch die finanziellen Mittel mitbedacht werden. Es handle sich um ein komplexes Thema. Aus Sicht von Frau Balzer sollte bei B-Plänen auf Wärmeversorgung

		geachtet werden. Herr Kibbel schlägt als Möglichkeit vor, Anreize über Fördermittel in Aussicht zu stellen, wenn ökologische Ansätze beim Bauen verfolgt werden.
32	Der Gebäudebestand der Stadt soll vorbildlich energetisch saniert werden, sodass er mindestens den Anforderungen von KfW85 entspricht. Allerdings frisst die energetische Sanierung von Gebäuden ihrerseits Energie und produziert ggf. Sondermüll. Da dies beachtet werden sollte, ist die Verhältnismäßigkeit im Einzelfall von fachkundigen Gutachtern zu überprüfen.	Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 12.02.2020: Herr Tech gibt zu bedenken, dass man hier vorsichtig sein sollte. Aus Sicht von Frau Obieray befasse sich die Stadt bereits mit energetischen Optimierungen bei anstehenden Sanierungen.
33	In Pacht-, Miet-, und Kaufverträgen stadteigener Immobilien sollen Forderungen zur erneuerbaren Energieversorgung und energetischen Standards verankert werden.	Hier sind bereits konkrete Beschlüsse gefasst; Hinweis zum Energiecontracting.
34	Es soll regelmäßig Öffentlichkeitsarbeit zur Steigerung der Sanierungsquote im Altbau betrieben werden.	Die Stadtwerke Eutin beraten dazu im Projekt energetische Quartiersentwicklung.
35	Die Stadt Eutin soll Fördermittel- und Energiesparberatungen anbieten. Hierzu sollten Fachleute engagiert werden.	Siehe 34
Lebensmittel		
36	In städtischen Einrichtungen (Schulen, Kitas, u. a.) soll – zu Gunsten vegetarischer und veganer Angebote – das Angebot an Fleisch erheblich reduziert werden. Das entspricht auch den	Ausschuss für Schule, Jugend, Sport, Kultur und Soziales 04.02.2020: Es wird seitens Herrn Küpper und Frau Löhndorf deutlich gemacht, dass dies bereits umgesetzt werde. Auch Frau Behrends berichtet, dass zum Beispiel das Angebot der Kinderinsel kein Fleisch mehr vorsieht und auf vegetarischer (möglicherweise sogar veganer) Basis aufgestellt sei. Einvernehmlich wird der Wunsch auch an die übrigen Einrichtungen weitergegeben.

	Ernährungsempfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung.	
37	Außerdem soll das Speiseangebot in städtischen Einrichtungen stärker am regional und saisonal verfügbaren Lebensmittelangebot orientiert werden.	Ausschuss für Schule, Jugend, Sport, Kultur und Soziales 04.02.2020: Es wird seitens Herrn Küpper und Frau Löhndorf deutlich gemacht, dass dies bereits umgesetzt werde. Auch Frau Behrends berichtet, dass zum Beispiel das Angebot der Kinderinsel kein Fleisch mehr vorsieht und auf vegetarischer (möglicherweise sogar veganer) Basis aufgestellt sei. Einvernehmlich wird der Wunsch auch an die übrigen Einrichtungen weitergegeben.
38	Wenn externe Träger für das Speiseangebot in städtischen Einrichtungen verantwortlich sind, so soll die Stadt im Rahmen der Auftragsvergabe Einfluss auf die Qualität nach o. g. Punkten nehmen.	Siehe 36 und 37
39	Leitungswasser soll in öffentlichen Einrichtungen und bei öffentlichen Veranstaltungen als kostenloses Getränk in das Angebot aufgenommen werden.	Für Fortbildungen, Inhouse-Veranstaltungen oder Arbeitskreise werden zukünftig Karaffen mit Wasser angeboten. Es läuft ein Prüfauftrag zur Umsetzung des Angebotes von kostenlosem Leitungswasser in den Verwaltungsgebäuden.
40	Die Eutiner Gastronomie soll dazu verpflichtet werden, Leitungswasser als kostenloses Getränk auf der Getränkekarte zu führen (wie in Frankreich bereits landesweite Gesetz).	Hauptausschuss 14. Januar 2020: Herr Rachfahl merkt an, dass ihm bekannt sei, dass die Bäckerei Klausberger dieses Anliegen unterstütze. Er regt an, dass alle Gewerbetreibenden, die die Aktion unterstützten, aufgelistet würden. Frau Obieray könnte sich ein Bewerben im Rahmen von Fairtrade vorstellen. Bekannt ist, dass das Brauhaus kostenloses Leitungswasser auf der Speisekarte hat. Herr Sohns informiert, dass auch die Ostholsteiner dabei sind. Herr Rachfahl fasst zusammen, dass der Hauptausschuss die Forderung unterstützt.
41	Projekte im Bereich „Urban Farming“, z. B. „Essbare Stadt“ sollen eine stärkere Förderung erhalten. Dies muss auch auf städtischen Flächen möglich gemacht werden. Öffentliche Grünflächen sind hierzu kostenlos an Vereine, Verbände und Privatpersonen zu überlassen.	Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 12.02.2020: Von Frau Lohse wird der Küchengarten angesprochen. Hier können Flächen genutzt werden, um Projekte durchzuführen. Herr Kriwet verweist ergänzend auf die Kleingartenanlagen. Frau Obieray erläutert, dass diese Forderung wohl eher auf Großstädte gemünzt sei. Die Streuobstwiese am Kleinen See wird ebenfalls kurz thematisiert.

42	Das regionale Angebot auf dem Wochenmarkt soll gefördert werden.	Hauptausschuss 14. Januar 2020: Ja
43	Im Sinne des Artenschutzes sollten in Mensen/Kantinen öffentlicher Einrichtungen nur noch Erzeugnisse aus regionaler, ökologischer Landwirtschaft verwendet werden.	Siehe 37
Öffentliche Beschaffungen		
44	Regionale Produkte sollen anderen vorgezogen werden.	Bei Fortbildungen, Inhouse-Veranstaltungen oder Arbeitskreisen wird nach Möglichkeit vom Wochenmarkt oder örtlichen Händlern beschafft.
45	Die Beschaffung von Bürobedarf soll möglichst umweltfreundlich gestaltet werden, indem u. a. ausschließlich Recyclingpapier und recyceltes Toilettenpapier gekauft werden.	Die Stadt beschafft Recyclingpapier von einer zertifizierten Firma aus Schleswig-Holstein. Die Forderung nach der Verwendung von recyceltem Toilettenpapier wird geprüft.
46	Papier soll, sofern dies möglich ist, beidseitig bedruckt werden.	Bei den Großdruckern als Voreinstellung. Bei lokalen Geräten werden die Mitarbeiter weiter sensibilisiert. Fehldrucke oder einseitig gedruckten Papier wird als Schmierpapier bzw. Notizblöcke weiterverwendet.
47	Behördliche Prozesse sind hinsichtlich einer Minimierung des Papierverbrauches zu verbessern.	E-Akte (gesetzliche Vorgabe E-Government) wird, wenn möglich, umgesetzt
48	Jegliche öffentliche Beschaffung hat verbindliche Nachhaltigkeitskriterien einzubeziehen. Die Nachhaltigkeitskriterien (wie die Nutzung von Recyclingpapier und weiterer emissionsarmer Verbrauchsmaterialien, der Verzicht auf PVC und Tropenholz u. a.) sind verbindlich festzulegen und anzuwenden.	Impulse werden von der/vom Klimaschutzmanager/in erwartet. Bei Büromaterial wird auf Gebrauch- statt Verbrauch geachtet (Bsp. nur Miene statt neuer Kugelschreiber tauschen, Druckerpatronen und altes Schreibmaterial wird gesammelt und speziell recycelt.
49	Regelmäßig benötigte Gegenstände in städtischen Institutionen, wie Toilettenpapier oder Büromaterialien, sollen zentral als Sammelbestellung	Das erfolgt bereits.

	beschafft werden, um Transport- und Verpackungsaufwendungen zu reduzieren.	
Grünflächenunterhaltung		
50	Es soll auf die Verwendung von Laubbläsern und Abflammgeräten verzichtet werden.	Das wird geprüft.
51	Es soll auf die Verwendung von Torfprodukten, Pestiziden und Streusalz verzichtet werden.	Das wird geprüft.
52	Grünflächen sollen soweit wie möglich nur maximal zweimal jährlich gemäht werden.	Das wird geprüft und ins Grünflächenmanagement übernommen.
53	Es sollen flächendeckend Blühflächen angelegt werden, die das Ökosystem der Stadt durch eine vielfältige Flora und Fauna verbessern.	Das befindet sich in der regelmäßigen Abarbeitung.
Entsorgung		
54	Öffentliche Einrichtungen sollen sich an Refill beteiligen. Das heißt, dass die Möglichkeit, mitgebrachter Trinkwasserflaschen wieder zu befüllen, flächendeckend geboten wird.	Es läuft ein Prüfauftrag, in den Verwaltungsgebäuden kostenloses Leitungswasser zur Verfügung zu stellen.
55	Es sollen ausschließlich Mehrwegprodukte genutzt und möglichst einheitliche Pfandsysteme eingerichtet werden.	Darauf wird bereits geachtet.
56	Es sollen allgemein möglichst langlebige und verpackungsarme Produkte verwendet werden.	Bei Inhouse-Veranstaltungen wird auf Einweggeschirr verzichtet. Bei Beschaffungen von Material ist das oft nicht vorhersehbar. Sammelbestellungen sollen unnötige Kleinverpackungen vermeiden.
57	Die Ansiedlung von Reparatur- und Gebrauchtgütergewerben soll gefördert werden.	Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt 06.02.2020:

		Hier wird seitens des Ausschusses deutlich gemacht, dass es sich um den privaten Sektor handle. Die Stadt könne hier lediglich unterstützen. Herr Rachfahl stellt die Frage, ob sich eine Ansiedlung von solchen Gewerben aus Sicht von möglichen Investoren lohne.
58	Die Mülltrennung in allen öffentlichen Gebäuden insbesondere in den Schulen soll konsequent und allen Verbrauchern zugänglich gestaltet werden.	<p>Wertstoffe und Papier werden bereits gesammelt. Bei Biomüll und Glas wird noch eine Lösung gesucht. Mitarbeiter werden sensibilisiert (Mülltrennung im Büro, Rückgabe von Büromaterial und E-Geräte)</p> <p><u>Bereich Schulen:</u> An der ALMA wird der Müll nicht zufriedenstellend getrennt. Es gibt eine Papiertonne und eine für "Gewerbeabfälle", die für alles was außer Papier anfällt genutzt wird. An der GPS Blaue Lehmkuhle wird Altpapier vom Müll getrennt. Der Rest kommt in einen Behälter. In Fissau werden Altpapier und Plastik und Restmüll getrennt. Am See werden Altpapier und Plastik und Restmüll getrennt. Auf den Schulhöfen wird nicht getrennt. An der Carl-Maria-von-Weber-Schule werden in den Klassen Altpapier und Plastik und Restmüll getrennt. Auf dem Schulhof findet keine Trennung statt. An der Voss Schule wird im Gebäude der Müll getrennt (Papier, Plastik, Bio, Rest). Auf dem Schulhof erfolgt keine Trennung. Die Wilhelm-Wisser-Schule trennt den Müll nach Papier, Kunststoff und Papier.</p>
59	Auch im öffentlichen Raum soll die Mülltrennung überall möglich gemacht werden. Hierzu sollen ausschließlich Wertstoffsammler mit vier Fächern (Papier, Kunststoff, Bio- und Restmüll) und deutlich und mehrsprachig beschrifteten Klappen in ganz Eutin aufgestellt werden. Für den Biomüll sind hier anstelle von Müllbeuteln Papiertüten zu verwenden.	<p>Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 12.02.2020: Es wird kurz über mögliche Umsetzungen beraten. Herr Kibbel macht deutlich, dass durch die LGS viele Mülleimer angeschafft worden sind. In naher Zukunft werden daher erst einmal eher nicht mehr viele angeschafft werden. In die Zukunft geplant, könne man die Forderung jedoch berücksichtigen. Auf Nachfrage von Frau Obieray führt Frau Dyck aus, dass nach Gesetzeslage nicht getrennt gesammelt werden müsse. Dies gab es in Eutin bereits, was jedoch nicht funktioniert habe.</p>
60	Der Einzelhandel und auch die Filialen großer Ketten, besonders im Lebensmittelbereich, sollen	Dafür liegt die Zuständigkeit nicht bei der Stadt.

	hinsichtlich der Mülltrennung regelmäßig strenge Kontrollen seitens der Stadt unterzogen werden. Gleichzeitig sollen Anreize, (finanzielle) Vorteile für Unternehmen mit einer besonders vorbildlichen Mülltrennung geschaffen werden.	
61	Initiativen wie der Eutiner Tafel soll Unterstützung geboten werden, indem Filialen von Lebensmittelgeschäften im Stadtgebiet zum Spenden nicht mehr verkäuflicher aber noch genießbarer Lebensmittel angehalten werden.	Das wird in der Stadt bereits umgesetzt.
62	Die Gewerbeabfallverordnung soll konsequent umgesetzt und vollzogen werden. Die Rücknahmeverpflichtung des Einzelhandels bei Verpackungsabfällen soll konsequent umgesetzt und vollzogen werden.	Dafür liegt die Zuständigkeit nicht bei der Stadt.
Flächenmanagement		
63	Eigene Flächen sollen naturnah gepflegt und unterhalten werden. Schulhöfe und andere Grünflächen sollen nach ökologischen Kriterien geplant und bewirtschaftet werden.	Das wird bereits beachtet.
64	Es sollen Erholungsflächen zur klimatischen Entlastung gesichert/entwickelt werden.	Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt 06.02.2020: Die Verwaltung gibt den Hinweis, dass die landesplanerischen Zielvorgaben bei Projekten in der Stadtentwicklung berücksichtigt werden. Bei dieser Forderung sind Frau Balzer und Herr Schulz der Meinung, dass diese Forderung nicht unbedingt auf Eutin passe. Diese beziehe sich eher auf Großstädte.
65	An sämtlichen städtischen Gebäuden sollen Maßnahmen zum Artenschutz vorgenommen werden. Hierzu zählt	Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 12.02.2020: Aus Sicht von Herrn Kibbel werde dies bereits praktiziert.

	u. a. die Begrünung von Flachdächern mit verschiedenen Blühpflanzen und das Anbringen von Nistkästen.	
66	Die Baumschutzsatzung soll hinsichtlich des Baumerhalts optimiert und konsequent umgesetzt werden.	Hier wird kein weiterer Handlungsbedarf gesehen. Die Baumschutzsatzung ist hinreichend bestimmt.
67	Dem Flächenfraß soll durch Bauen in die Höhe Einhalt geboten werden.	Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt 06.02.2020: Es wird seitens der Verwaltung auf die Fortschreibung des Landschaftsrahmenplanes verwiesen. Auf diese Forderung sollte laut Frau Balzer bei künftigen B-Plänen geachtet werden. Herr Bentke wirft die Idee ein, die Schule am Kleinen See 2-geschossig zu bauen.
68	Ausgleichsflächen für neue Bebauungsflächen in Eutin in Form von klimaneutralisierenden Flächen sollen geschaffen werden.	Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt 06.02.2020: Die Verwaltung teilt mit, dass Ausgleichsflächen geschaffen werden. Es entsteht eine kurze Diskussion, was mit klimaneutralisierenden Flächen gemeint sei. Herr Kibbel führt aus, dass Flächen, die mit Blühstreifen versehen sind, die das Insektenleben fördern, deutlich hochwertiger für die Umwelt seien, als reine Rasenflächen.
69	Es sollen ökologische Planungsvorgaben für Bau- und Gewerbegebiete (Festsetzung in Satzungen und Bebauungsplänen) beschlossen werden.	Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt 06.02.2020: Herr Blanck erläutert, dass dies in jedem B-Plan gehandhabt werde.
70	Es sollen wichtige Klimaschutzfunktionen im Flächennutzungsplan gesichert und dargestellt werden.	Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt 06.02.2020: Auf Nachfrage von Frau Balzer teilt Frau Stange mit, dass die Pläne irgendwann in die Jahre kommen würden und sich zwischenzeitlich andere Möglichkeiten ergeben würden, zum Beispiel bei der Knickvernetzung. Dies werde aber meist automatisch durch aktualisierte Gesetzeslagen geregelt.
Bauwesen		
71	Es sollen Planungshinweise mit Schwerpunkt Klimaschutz geschaffen werden.	Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt 06.02.2020: Nach Aussage der Verwaltung werde dies individuell bei einzelnen Planungen bereits berücksichtigt. Herr Schumacher verweist hier auf den Antrag der Fraktion der Grünen im nächsten BEFA.

72	Die Stadt soll neue Baugebiete nach Klimaschutzkriterien vergeben. Hierzu kann u. a. die Verpflichtung zum Erhalt von Grünflächen zählen.	Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt 06.02.2020: Keine Wortmeldungen seitens des Ausschusses.
73	Bei Neubau oder Renovierung von Gebäuden in öffentlicher Hand, sollen nachhaltige Baustoffe verwendet werden.	Bau-, Entwässerungs- und Feuerwehrausschuss 12.02.2020: Frau Obieray erklärt, dass klimaneutrale Baustoffe in Zukunft beachtet werden sollen. Es wird ebenfalls auf den beschlossenen Antrag ihrer Fraktion von heute (TOP 6) verwiesen. Herr Tech merkt zu dem Thema an, dass man sich vorher sachkundig machen müsse. Die FDP-Fraktion ergänzt, dass die Vorschriften ohnehin eingehalten werden müssen. Aus Sicht von Herrn Kibbel sei die Forderung ein löbliches Ziel, es müsse aber dennoch bei jedem Bauvorhaben individuell geschaut werden, was machbar sei.
Bildung		
74	Es soll einen öffentlichen Diskurs mit Lösungsansätzen über die Frage „Was kann ich selbst tun?“ geben.	Ausschuss für Schule, Jugend, Sport, Kultur und Soziales 04.02.2020: Herr Martins führt aus, dass dies immer Thema des Sachunterrichts sei. Kinder würden diese Themen auch immer häufiger selbst von Zuhause mitbringen. Auch die Aktion „saubere Landschaft“ wird angesprochen. Herr Gutzeit macht deutlich, dass hier nicht nur Schulen, sondern auch andere Einrichtungen angesprochen seien. Frau Obieray regt an, den Wunsch an Fairtrade City weiterzugeben. Von Frau Granzin wird auf die Ausstellung der Klimaschutzbeauftragten des Kreises hingewiesen. Außerdem verweist Herr Rachfahl auf den erweiterten CDU-Antrag zur Anerkennung des Klimanotstandes in Eutin.
75	Die Stadt muss effektive finanzielle Anreize schaffen, die zur Einsparung von CO ₂ -Emissionen in privaten Haushalten und im privaten Konsumverhalten führen.	Die Stadt hat keine finanzielle Ressource für ein eigenes Förderprogramm.
76	Klimaschonendes Verhalten im Büro, wie beispielweise das Sparen von Papier, soll angeregt und gefördert werden.	Das erfolgt bereits seit Jahren. Sensibilisierung der Mitarbeiter/innen (Personalnachrichten)
77	Mitarbeiter der Stadt sollen in Fortbildungszentren an Kursen zur Nachhaltigkeit in Arbeitsprozessen teilnehmen. Auch in anderen	Zusammenarbeit mit Klimaschutzmanager/in erwartet z. B. im Wege von Inhouse-Schulungen

	Betrieben soll angeregt werden, dass die Mitarbeiter an solchen Kursen teilnehmen.	
78	Die Stadt Eutin soll an verschiedenen Wettbewerben zum Klimaschutz, wie z. B. dem „Stadtradeln“ oder der „klimaaktiven Kommune“, teilnehmen.	Das erfolgt bereits; z.B. Stadtradeln, Ausstellung zum Energiesparen kommt vom Kreis OH;
79	Es soll bei regelmäßigen Presseaktionen über verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise, etwa zur Energieeinsparung, aufgeklärt werden.	Maßnahmen im Rahmen der Energieberatung der SWE und der Aktivitäten des Klimaschutzmanagements werden erwartet.
80	Die Stadt Eutin soll eine Veranstaltung in Kooperation mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt organisieren und bewerben, in der sämtliche interessierte Bürger/innen mitwirken können und Vorschläge für Umweltschutzprojekte vor Ort beraten können. Nach einer Evaluation ist zu entscheiden, ob das Projekt in regelmäßigen Abständen stattfinden soll. Hierbei ist vorrangig auf den inhaltlichen Erfolg des Projektes zu achten und erst zweitrangig auf die finanziellen Aufwendungen.	Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt 06.02.2020: Frau Balzer hinterfragt, warum es hierzu die Stadt und den Ausschuss braucht. Derartige Projekte/Veranstaltungen könne jeder ins Leben rufen. Auch Ehrenamtler würden Unterstützung brauchen. Auch Herr Schulz stellt die Frage, warum dies der Stadt „aufgezwängt“ werden solle. Zum Thema „aktive und praktische Projekte“ wirft Herr Bentke in den Raum, ob dies nicht eine Aufgabe für die/den Klimaschutzmanager/in sein könne.
81	Es soll mindestens einmal jährlich aktuelle Projekte in Schulen und Kindergärten geben, die über die Klimakrise aufklären und zeigen, was man dagegen tun kann. Diese Projekte soll es, dem Alter	Ausschuss für Schule, Jugend, Sport, Kultur und Soziales 04.02.2020: Herr Martins führt aus, dass dies immer Thema des Sachunterrichts sei. Kinder würden diese Themen auch immer häufiger selbst von Zuhause mitbringen. Auch die Aktion „saubere Landschaft“ wird angesprochen. Herr Gutzeit macht deutlich, dass hier nicht nur Schulen, sondern auch andere Einrichtungen angesprochen seien. Frau Obieray regt an, den Wunsch an Fairtrade City weiterzugeben. Von Frau Granzin wird auf

	entsprechend, in allen Alterstrufen geben.	die Ausstellung der Klimaschutzbeauftragten des Kreises hingewiesen. Außerdem verweist Herr Rachfahl auf den erweiterten CDU-Antrag zur Anerkennung des Klimanotstandes in Eutin.
82	Schulen und andere öffentliche Einrichtungen sollen an Bildungskampagnen und Projekten wie beispielsweise fifty/fifty teilnehmen.	Anmerkung der Verwaltung: Hierbei handelt es sich zumindest bei den Schulen um eine Aufgabe, die in die Zuständigkeit des Landes fällt. Es geht um Unterrichtsgestaltung, für die die Kommune nicht zuständig ist.
83	Es sollen Angebote für aktive und praktische Projekte zum regionalen Klimaschutz stattfinden.	Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt 06.02.2020: Frau Balzer hinterfragt, warum es hierzu die Stadt und den Ausschuss braucht. Derartige Projekte/Veranstaltungen könne jeder ins Leben rufen. Auch Ehrenamtler würden Unterstützung brauchen. Auch Herr Schulz stellt die Frage, warum dies der Stadt „aufgezwängt“ werden solle. Zum Thema „aktive und praktische Projekte“ wirft Herr Bentke in den Raum, ob dies nicht eine Aufgabe für die/den Klimaschutzmanager/in sein könne.
84	Eutin soll Citizen-Science-Projekte im Bereich Klimaschutz materiell und immateriell fördern.	Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt 06.02.2020: Frau Balzer hinterfragt, warum es hierzu die Stadt und den Ausschuss braucht. Derartige Projekte/Veranstaltungen könne jeder ins Leben rufen. Auch Ehrenamtler würden Unterstützung brauchen. Auch Herr Schulz stellt die Frage, warum dies der Stadt „aufgezwängt“ werden solle. Zum Thema „aktive und praktische Projekte“ wirft Herr Bentke in den Raum, ob dies nicht eine Aufgabe für die/den Klimaschutzmanager/in sein könne.
85	Es sollen thematische Ausstellungen in Museen stattfinden z. B. über regionale Auswirkungen des Klimawandels und mögliche Lösungsansätze.	Das erfolgt bereits; z.B. Kreishaus; Bibliothek
86	Dokus, Präsentationen und Vorträge zu den Herausforderungen unserer Zeit und deren Lösungen, die in Eutin gezeigt werden, sollen gefördert werden.	Ausschuss für Schule, Jugend, Sport, Kultur und Soziales 04.02.2020: Es wird auf die Vorstellung im Binchen hingewiesen. Außerdem wird die Anregung gegeben, eventuell mit den Marktbesckern in Gespräche zu treten.
Strategische Maßnahmen		
87	Die Absichtserklärung eine/n Klimaschutz-Manger/in einzustellen	ja

	muss umgesetzt werden. Dieser Managerin/diesem Manger müssen genug personelle Ressourcen, die Teilbereiche (Energie, Verkehr, u. a.) bearbeiten, zur Verfügung gestellt werden.	
88	Es soll ein Maßnahmenplan erstellt werden, dessen Einhaltung durch Kontrollmechanismen gewährleistet wird. Dieser Plan soll auch angeben, welche Maßnahmen wann umgesetzt werden sollen.	Das erfolgt über das städtische Berichtswesen. Die Erstellung eines Maßnahmenplanes wird auch ein Thema des Klimaschutzmanagements sein.
89	Es soll eine Arbeitsgruppe, an der Fachleute, Vertreter der <i>Fridays for Future</i> Eutin und die Öffentlichkeit beteiligt sind, eingerichtet werden. Die Sitzungen dieser Arbeitsgruppen sollen öffentlich sein. Die Bevölkerung soll im Voraus über diese Sitzungen informiert werden.	<p>Hauptausschuss 14. Januar 2020: Frau Jürß informiert, dass die Bildung eines Klimakreises von der Mehrheit der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter abgelehnt worden ist. Herr Clasen merkt an, dass es hierbei um einen Arbeitskreis ohne Beteiligung der Politik gehe. Es müsste allerdings eine Koordination durch die Verwaltung erfolgen. Frau Obieray führt aus, dass es um die Frage gehe, wie Engagierte in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden werden können. Es gelte den Prozess zu verstetigen und einen Dialog zu führen. Sie regt an, die Fridays for Future zu fragen, wie sie sich eine Einbindung/Beteiligung vorstellen könnten. Herr Westphal macht deutlich, dass ein Einbinden über ein politisches Engagement erfolgen sollte. Herr Schumacher weist darauf hin, dass dieses auch über die konkrete Einladung zur Teilnahme als Gast an Sitzungen erfolgen könne.</p>
90	Es soll ein Klimaschutzportal im Netz eingerichtet werden. Dieses Portal muss immer aktuell über die Herausforderungen und die lokal getroffenen Maßnahmen in Sachen Klimaschutz informieren.	Siehe auch Nr. 88
91	Die Stadt Eutin soll dem Klima-Bündnis beitreten.	Das befindet sich in der Prüfung.
92	Die Öffentlichkeitsbeteiligung soll optimiert werden. Hierzu soll mindestens alle 3 Monate der	Diese Forderung ist nicht nachvollziehbar.

	aktuelle Stand nachvollziehbar dargestellt werden.	
93	Allen voran müssen sich der Bürgermeister und die Stadtvertreter ihrer Vorbildfunktion bewusstwerden und dementsprechend handeln.	ja
94	<i>Fridays for Future</i> soll Rederecht im ASU erhalten.	Nein; hierzu wird auf die Gemeindeordnung Schleswig-Holsteins verwiesen. Ein generelles Rederecht wird durch Wahl erworben.
95	Zusätzlich zur betriebswirtschaftlichen Berechnung soll eine Umweltkostenberechnung erfolgen, damit vordergründig teurere, aber dem Klimaschutz dienende Alternativen eine Chance haben.	Das wird zukünftig zum Tätigkeitsfeld des Klimaschutzmanagements zählen.